

## **Antrag**

der **Fraktion DIE LINKE**

**Thema: Kritik am Bologna-Prozess ernst nehmen – Beschluss der  
327. Kultusministerkonferenz rasch umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:  
Die Staatsregierung wird ersucht,

den Beschluss der 327. Kultusministerkonferenz vom 16. Oktober 2009 zur Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen im Freistaat Sachsen rasch umzusetzen und dabei insbesondere unter Berücksichtigung, der in dem Beschluss aufgeführten Kritik an

- der stofflichen Überfrachtung, zu hohen Anwesenheitspflichten und zu hoher Prüfungsdichte im Gefolge zunehmender Strukturierung und „Verschulung“ des Studiums,
- der zu geringen Ausnutzung der Bandbreite der Regelstudienzeiten für Bachelor- und Master-Studiengänge,
- dem Zuggang zum Master-Studium (Leistungsvoraussetzungen, Kapazitäten, „Quotierung“),
- der restriktiven Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie unzureichender Äquivalenzregelungen in den Studien- u. Prüfungsordnungen,
- der Verschlechterung der nationalen u. internationalen Mobilität,
- der mangelnden Akzeptanz des Bachelors als ersten, berufsqualifizierenden Abschluss,

die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, nötige finanzielle und personelle Vorkehrungen zu treffen und die diesbezüglichen Vereinbarungen mit den Hochschulen herbeizuführen, um die Studiensituation an den Hochschulen in Sachsen deutlich zu verbessern.

### **Begründung:**

Einer der Hauptkritikpunkte des Bildungsstreiks von Schülerinnen und Schülern und Studierenden im Sommer dieses Jahres war die Studiensituation in den Bachelor-Studiengängen. Der aktuelle bundesweite Bildungsstreik unterstreicht die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs an den Hochschulen. Auch unter der Professorenschaft nimmt die Kritik an zu starren Vorgaben für die Studienorganisation zu. Es besteht also dringender Korrekturbedarf am bisherigen Bologna-Prozess. Den hat auch die Kultusministerkonferenz auf ihrer Tagung am 15.10.2009 bestätigt und deswegen einen Beschluss zur „Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses“ gefasst. Darin werden konkrete Korrekturvorschläge am bisherigen Bologna-Prozess unterbreitet. Da der Koalitionsvertrag von CDU und FDP festlegt, „die Bachelor-/ Master-Studienreform gemeinsam mit den sächsischen Hochschulen (zu) evaluieren und weiter(zu)entwickeln“, kann der oben genannte Beschluss der Kultusministerkonferenz rasch umgesetzt werden.

Dr. André Hahn  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 30. November 2009

Eingegangen am: \_\_\_\_\_

Ausgegeben am: \_\_\_\_\_